

MEDIENMITTEILUNG

24. September 2013

Sparmassnahmen:

Die FEDE hält an ihrer klaren und kohärenten Haltung fest

In der schwierigen derzeitigen Lage hat die FEDE zwei Schwerpunkte festgelegt: die Dienstleistungen für die Bevölkerung sowie die Arbeitsbedingungen retten. Der Vorstand wird die Einigung mit dem Staatsrat, die auch von der Delegiertenversammlung vom 28. August gutgeheissen wurde, nicht rückgängig machen. Andernfalls würde das Personal drastischere Massnahmen und Kürzungen in den Diensten riskieren.

Nach mehreren Verhandlungsrunden hat die Delegiertenversammlung der FEDE das Sparprogramm gutgeheissen, das demnächst im Grossen Rat beraten wird. Angesichts der vorhandenen Kräfte drohen nämlich noch schärfere Massnahmen zulasten der Beschäftigten. In der kommenden Session werden die Parlamentsmitglieder insbesondere über einen zentralen Punkt zur Finanzierung der aktuellen Leistungen diskutieren: Über den Beschluss, zusätzliche Einnahmen in der Höhe von etwa 100 Millionen über drei Jahre zu generieren. Wird dieses Vorhaben verworfen, so riskieren staatliche Dienste und subventionierte Institutionen zusätzliche, noch drastischere Einschnitte.

Das Sparprogramm ist sicherlich schmerzlich. Der Vorstand der FEDE hat Verständnis für den Unmut vieler Mitarbeitenden. Dennoch ist er der Meinung, dass der mögliche Spielraum voll ausgeschöpft wurde und dass die Behörden nicht nachgeben werden, auch nicht im Fall einer massiven Mobilisierung. Bestenfalls wird die Demonstration dazu dienen, dem Staatsrat die (berechtigte!) Verärgerung des Personals vor Augen zu führen.

Auch ist zu berücksichtigen, dass der Umfang der Kürzungen dank den Verhandlungen eingeschränkt werden konnte. Insbesondere Massnahmen, die das staatliche Lohnsystem dauerhaft verändert hätten, wurden zurückgezogen (siehe unten). Ein weiterer wichtiger Aspekt: Der Staatsrat hat klar mitgeteilt, dass diese Massnahmen als Maximalwerte zu betrachten sind. Ab 2014 wird das Sparprogramm jedes Jahr neu diskutiert und die Massnahmen werden abgeschwächt, sofern die Finanzlage besser als vorgesehen ausfällt.

Aus Gründen der Glaubwürdigkeit und der internen Demokratie kann der Vorstand der FEDE die für den 4. Oktober durch den vpod geplante Versammlung nicht unterstützen. Die Mitgliedsverbände der FEDE sind jedoch frei in ihrer Empfehlung an ihre Mitglieder betreffend Teilnahme an dieser Versammlung.

Die FEDE steht zu ihren Verpflichtungen. Anlässlich der Einigung wurde dem Staatsrat

deutlich kommuniziert, dass die FEDE wachsam bleiben wird. Sie wird weiterhin mit voller Kraft an der Seite der Beschäftigten kämpfen und deren Aktionen nötigenfalls mit angemessenen Mitteln unterstützen. Die FEDE wird insbesondere jegliche Massnahme bekämpfen, welche die Qualität der Dienstleistungen oder der Arbeitsbedingungen des Staatspersonals verschlechtern könnte.

Die wichtigsten Massnahmen, die dank den Verhandlungen zurückgezogen wurden:

- Keine Lohnsenkungen mehr, welche die Entlohnung über die gesamte Laufbahn hinweg verschlechtern, stattdessen ein auf drei Jahre beschränkter Solidaritätsbeitrag.
 - Voller Stufenanstieg 2015 und 2016, somit keine finanzielle Schlechterstellung über 2016 hinaus. Nur die Streichung des Stufenanstiegs für 2014 verschlechtert die Entlohnung der Betroffenen über 2016 hinaus.
 - Die Verlängerung der Lohnprogression von 20 auf 30 Jahre ist provisorisch zurückgezogen.
-

Kontakt:
Bernard Fragnière – Präsident FEDE
Tel. 026 309 26 44/ 079 707 18 39